



---

## Bekanntmachungstext gemäß § 12 VOL/A

---

**a) Bezeichnung und Anschrift der zur Angebotsabgabe auffordernden Stelle, der den Zuschlag erteilenden Stelle sowie der Stelle, bei der die Angebote einzureichen sind**

Deutscher Bundestag, Verwaltung  
Referat ZT 6 - Vergaben  
Platz der Republik 1, 11011 Berlin  
Tel.: 030/227-33234  
Fax: 030/227-30374  
E-Mail: vergabereferat@bundestag.de

Geschäftszeichen/Vergabenummer: **ZT6-1133-2013-304-14-IO 2** (Bitte immer angeben!)

**b) Art der Vergabe**

Öffentliche Ausschreibung gemäß § 1 EG Abs. 3 VOL/A, Anhang I B, Kategorie 27 i. V. m. § 3 Abs. 2 Satz 1 VOL/A

**c) Form, in der Angebote einzureichen sind**

Schriftlich im verschlossenen Umschlag und mit einer den Vergabeunterlagen beiliegenden Angebotsbeschriftung versehen.

Eine elektronische Angebotsabgabe ist nicht möglich.

**d) Art und Umfang der Leistung sowie Ort der Leistungserbringung**

Auf- und Abbau von Wanderausstellungen in Octanorm-Systembauweise einschließlich Computertechnik, Wartung, Reparatur, Grafikdruck und Lagerung.

Zur Information der Öffentlichkeit über Aufgaben und Arbeitsweise des Deutschen Bundestages präsentiert sich dieser mit einer Wanderausstellung an wechselnden Einsatzorten in öffentlich zugänglichen Gebäuden (zum Beispiel in Schulen, Rathäusern, Banken und Sparkassen, Einkaufszentren) in der gesamten Bundesrepublik Deutschland. Die jeweiligen Einsatzorte legt der Deutsche Bundestag fest.

Die Wanderausstellung wird derzeit auf zehn baugleichen Octanorm-Systemständen mit jeweils 20 Ausstellungstafeln, 5 Thementafeln, zwei Computerterminals und einem Lagerkubus präsentiert. In der Regel sind bis zu acht der Ausstellungsstände zeitgleich im

---

Einsatz; zwei der Stände werden als Reserve bereitgehalten.

Das Ausstellungssystem ist in sechs verschiedenen Varianten aufstellbar und kann jeweils den örtlichen Gegebenheiten entsprechend angepasst werden.

**e) Gegebenenfalls Anzahl, Größe und Art der einzelnen Lose**

Eine Teilung in Lose ist nicht vorgesehen.

**f) Gegebenenfalls Zulassung von Nebenangeboten**

Nebenangebote sind nicht zugelassen.

**g) Etwaige Bestimmungen über die Ausführungsfrist**

Die Veranstaltungsorte und Veranstaltungstermine werden von der Auftraggeberin festgelegt. Die Auftraggeberin teilt dem Auftragnehmer die genaue Terminfestsetzung und den Veranstaltungsort bis spätestens vier Wochen vor dem Aufbau der Wanderausstellung mit.

Der Einsatz eines Ausstellungsstandes an einem Ort dauert i. d. R. zwischen 5 - 7 Tage, einschließlich der Auf- und Abbautage. Es treten regelmäßig Terminüberschneidungen an den Auf- und Abbautagen der einzelnen Veranstaltungen auf.

Der Auftragnehmer stellt sicher, dass im Falle von Terminüberschneidungen bis zu zehn Montage/Demontage-Teams inkl. eines geforderten Fahrzeugs am gleichen Tag an bis zu zehn verschiedenen Orten zum Einsatz kommen können.

Der Auf- oder Abbau der Ausstellungsstände findet regelmäßig, bedingt durch den jeweiligen Einsatzort, auch an Wochenenden, Feiertagen und in Nachtstunden statt.

Vertragsbeginn: Ab Zuschlagserteilung, frühestens ab 10. Mai 2014 für 2 Jahre mit zwei Optionen zur Verlängerung um je ein Jahr.

**h) Bezeichnung und Anschrift der Stelle, die die Vergabeunterlagen abgibt oder bei der sie eingesehen werden können**

Siehe a)

**i) Angebots- und Bindefrist**

Ende der Angebotsfrist: 02.01.2014, 12:00 Uhr

Ende der Bindefrist: 31.03.2014

**j) Höhe etwa geforderter Sicherheitsleistungen**

Keine

**k) Wesentliche Zahlungsbedingungen oder Angabe der Unterlagen, in denen sie enthalten sind**

Leistungsbeschreibung / Vertragsbedingungen mit Preisangaben, Zusätzliche Vertragsbedingungen der Verwaltung des Deutschen Bundestages, Teil B der Vergabe- und Vertragsordnung für Leistungen (VOL/B).

**l) Mit dem Angebot vorzulegende Unterlagen in deutscher Sprache, die die Auftraggeber für die Beurteilung der Eignung des Bewerbers oder Bieters verlangen**

- Eigenerklärung über die Eintragung im **Handelsregister** / in der **Handwerksrolle** oder Auszug aus dem **Berufsregister**, sofern eine Eintragungspflicht besteht (Punkt 3.1.1 des Angebotsvordrucks).
- Erklärung über die Anmeldung in einer **Berufsgenossenschaft** (Punkt 3.1.2 des Angebotsvordrucks).
- Die Eigenerklärung über das Nichtvorliegen von Ausschlussgründen nach Punkt 2 des Angebotsvordrucks wird durch Unterschrift des Angebots mit abgegeben. Beim Einsatz von Unterauftragnehmern erklärt der Bieter dies mit seiner Unterschrift auch für den/die Unterauftragnehmer.
- Bei Insolvenz einen von allen Gläubigern angenommenen Insolvenzplan und die gerichtliche Bestätigung des Insolvenzplanes als eigene Anlage mit der Bezeichnung „INS“ (Punkt 2 des Angebotsvordrucks).
- Erklärung über den **Umsatz** der letzten drei abgeschlossenen Geschäftsjahre, soweit er die vertragsgegenständlichen Leistungen (Lagerung, Transport, Auf- und Abbau von Ausstellungssystemen) betrifft. Dabei dürfen die Umsätze pro Jahr nicht geringer als je 600.000,- Euro sein (Punkt 3.5 des Angebotsvordrucks).
- Angabe von mindestens drei **aussagekräftigen Referenzen** über qualitativ und quantitativ vergleichbare Leistungen (in zumindest vergleichbarer Systembauweise) in den letzten fünf Jahren. Sie werden anhand der Kontaktdaten überprüft. Referenzen von mit dem Bieter verbundenen Unternehmen werden nicht akzeptiert (Punkt 3.6 des Angebotsvordrucks).
- Eigenerklärung über die Anzahl der beim Bieter in den letzten drei Jahren **beschäftigten Arbeitskräfte** und Erläuterung ihrer Qualifikation für die ausgeschriebene Leistung, insbesondere Qualifikation für Auf- und Abbau, Transport, PC-Bedienung / Softwareinstallation, Lagerhaltung, Grafik- und Druckleistungen. Dabei darf die Mitarbeiterzahl pro Jahr jeweils nicht geringer sein als 15. Eine ausreichende fachkundige Personalkapazität mit Vertretung im Urlaubs- oder Krankheitsfall muss gegeben sein und wird mit Unterschrift auf dem Angebotsvordruck bestätigt (Punkt 3.7 des Angebotsvordrucks).
- Unternehmensdarstellung/Leistungsprofil, welches mindestens Angaben zu folgenden Punkten enthält (Punkt 3.9 des Angebotsvordrucks):
  - Erfahrungen mit dem vertragsgegenständlichen Bausystem bzw. einem vergleichbaren Bausystem sind zwingend erforderlich. Vom Bieter sind praktische Erfahrungen mit dem vertragsgegenständlichen oder einem vergleich-

- baren Bausystem darzulegen.
- Beschreibung der Werkstattkapazität. Ausreichende eigene Werkstattkapazität und Bevorratung mit ausreichenden Ersatzteilen entsprechend der Ladeliste muss gegeben sein.
  - Beschreibung der Lagerkapazität für die Einlagerung der Stände. Es ist zu erklären, wo und wie die Lagerung von bis zu zehn Wanderausstellungsständen erfolgen soll.
  - Beschreibung wie im Falle des gleichzeitigen Einsatzes aller zehn Wanderausstellung das Vorhandensein einer ausreichend großen Anzahl von geeigneten Transportfahrzeugen sichergestellt werden soll.
  - Beschreibung, mit welcher technischen Ausstattung die Grafiktafeln geändert und gedruckt werden, insbesondere bezüglich der Tafel: „Für Sie im Deutschen Bundestag“ und der Eindrücke in den Ankündigungsplakaten.
- Sofern die Bildung einer **Bietergemeinschaft** beabsichtigt ist, ist die Erklärung nach Punkt 10 der Bewerbungsbedingungen vorzulegen (Punkt 3.8 des Angebotsvordrucks). Alle Mitglieder der Bietergemeinschaft haben dem Angebot zudem die genannten Nachweise beizufügen. Dabei können die Anforderungen (Umsatz, Referenzen, Arbeitskräfte) gemeinsam erfüllt werden. Aus den Unternehmensdarstellungen/Leistungsprofilen soll sich ergeben, welches Unternehmen welche konkreten Leistungen übernimmt und wie die jeweilige Leistung erbracht werden soll.
  - Sofern der Einsatz eines **Unterauftragnehmers** beabsichtigt ist, sind die in Punkt 4 des Angebotsvordrucks aufgeführten Angaben vorzunehmen und Nennung der Stationen im Produktionsprozess, an denen **Unterauftragnehmer** eingesetzt werden. Zudem ist Punkt 9 der Bewerbungsbedingungen zu beachten.

**Nachweis, der unverzüglich nach Zuschlagserteilung vorzulegen ist:**

- **Betriebshaftpflichtversicherungsnachweis** (Deckungssumme mindestens 1.000.000 Euro für Personen- und 500.000,- Euro für Sachschäden). Im Falle einer Bietergemeinschaft ist der Betriebshaftpflichtversicherungsnachweis jedes Mitgliedes der Bietergemeinschaft vorzulegen.

**Nachweis, der von der Vergabestelle vor Zuschlagserteilung direkt eingeholt wird:**

- Auszug aus dem **Gewerbezentralregister** beim Bundesamt für Justiz:  
Die Auftraggeberin wird ab einer Auftragssumme von mehr als 30.000 Euro für den Bieter, der den Zuschlag erhalten soll, zur Bestätigung der Erklärung einen Auszug aus dem Gewerbezentralregister beim Bundesamt für Justiz anfordern.

**m) Sofern verlangt, Höhe der Kosten für Vervielfältigungen der Vergabeunterlagen bei Öffentlichen Ausschreibungen**

Keine

**n) Angabe der Zuschlagskriterien, sofern diese nicht in den Vergabeunterlagen genannt werden**

Den Zuschlag erhält das wirtschaftlich günstigste Angebot nach den sich aus der Anlage 3 der Ausschreibungsunterlagen ergebenden Kriterien.

**o) Sonstige Hinweise**

Bieterfragen werden grundsätzlich nur beantwortet, wenn sie bis zum 19.12.2013 gestellt werden. Die Beantwortung später eingehender Bieterfragen liegt im pflichtgemäßen Ermessen der Vergabestelle.

Zur Angebotsabgabe ist nur derjenige berechtigt, der zuvor die Vergabeunterlagen beim Vergabereferat oder bei der Vergabeplattform des Bundes angefordert hat.